

Grußwort von Landrat Michael Makiolla auf der Landesdelegiertenkonferenz von B'90/DIE GRÜNEN am 30.01.2018 in Unna

Sehr geehrte Damen und Herren,

als der örtliche Landrat begrüße ich Sie alle ganz herzlich hier bei uns im Kreis Unna.

Ich finde es im besten Sinne des Wortes sehr bemerkenswert, dass Sie keine Scheu hatten, hier in Unna einen sozialdemokratischen, politischen Repräsentanten als Grußredner einzuladen, der sich bei seiner politischen Arbeit in den Gremien des Kreises Unna nicht einmal auf eine rot-grüne Koalition stützen kann.

Gleichwohl bin ich fest davon überzeugt, dass wir im Kreis Unna in den vergangenen Jahrzehnten politische Errungenschaften vorweisen kön-

nen, die auch die Zustimmung grüner Politikerinnen und Politiker finden können, und die in der Regel auch mit Unterstützung der örtlichen grünen Kommunalpolitik durchgesetzt werden konnten.

So haben wir bereits zu Beginn der 1980er Jahre das erste kommunale Umweltamt in Deutschland eingerichtet und in einem industriell geprägten Ballungsrandkreis des Ruhrgebietes zählten wir mit zu den ersten kommunalen Gebietskörperschaften in NRW, die in ihrem Zuständigkeitsgebiet flächendeckend Landschaftspläne zum Schutz unserer natürlichen Umwelt ausgewiesen haben.

Wir sind seit längerem „fahrradfreundlicher Kreis“ und bemühen uns, trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen unsere Radinfrastruktur schrittweise auszubauen.

So werden Sie in ganz Deutschland in keinem anderen Landkreis und in keiner Großstadt so viele öffentliche Radstationen finden wie bei uns im Kreis Unna, die darüber hinaus auch eng mit dem ÖPNV vernetzt sind.

Und schließlich haben wir uns in den wirklich schwierigen Jahren 2015 und 2016 intensiv bei der Aufnahme von Flüchtlingen engagiert.

Unsere Bürgerinnen und Bürger genauso wie die kommunalen Verwaltungen.

So war die 27.000-Einwohner Stadt Selm im Norden des Kreises Unna die erste Kommune in NRW, die sich freiwillig bereit erklärt hat, kurzfristig eine 1.000-Betten-Zeltstadt für schutzsuchende Menschen einzurichten.

Die Kreisverwaltung betreibt bis heute im Auftrag der Landesregierung am Standort der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge im Regierungsbezirk Arnsberg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

bitte gestatten Sie mir als kommunalpolitischen Repräsentanten eine Bitte an Sie zu richten:

Die Finanzlage der Kommunen im Kreis Unna hat sich in den letzten Jahren spürbar verbessert, wofür ich auch der ehemaligen rot-grünen Landesregierung sehr dankbar bin.

Trotzdem zählen wir im Kreis Unna, wie viele andere Ruhrgebietskommunen auch, immer noch zu den strukturell unterfinanzierten kommunalen Gebietskörperschaften.

Die sozialen Transferleistungen für Behinderte, Arbeitslose, Pflegebedürftige, einkommensschwache Familien und für die Kinderbetreuung machen mittlerweile 60 % meines jährlichen Haushaltes aus.

Und das mit steigender Tendenz!

Insbesondere die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Behinderte, die wir größtenteils über Landschaftsumlage finanzieren, schießen im Augenblick durch die Decke.

Sobald die aktuell gute wirtschaftliche Konjunktur nachlässt und die Steuereinnahmen sinken oder die Zinsen steigen, wird keine von den 10 Städten und Gemeinden im Kreis Unna mehr in der Lage sein, seinen Haushalt auszugleichen.

Weil die anspruchsbegründenden Sozialgesetze in der Regel Bundesgesetze sind, muss sich der Bund nach meiner Auffassung mindestens zur Hälfte an den entstehenden Kosten beteiligen und darf die Kommunen nicht im Regen stehen lassen.

Bitte helfen Sie mit, diese politische Forderung wieder auf die politische Agenda zu setzen und unterstützen sie die Kommunalpolitiker bei der Durchsetzung dieser berechtigten Forderung an Bundestag und Bundesregierung!

Ich wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen hier bei uns in Unna.

Behalten Sie uns in guter Erinnerung.

Glück Auf!